

Thomas Gensicke · Thomas Olk · Daphne Reim
Jenny Schmithals · Hans-Liudger DieneI

Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland

Empirische Studien zum Bürgerschaftlichen Engagement

Thomas Gensicke · Thomas Olk
Daphne Reim · Jenny Schmithals
Hans-Liudger Dienel

Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland

Quantitative und qualitative Befunde

In Auftrag gegeben und herausgegeben
vom Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

Vorgelegt von TNS Infratest
Sozialforschung



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Studie und Druck gefördert vom



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16791-6

Grußwort



Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement ist in unserer freien und offenen Gesellschaft unverzichtbar. Es kann in großer Vielfalt und Fülle zur Lebensqualität beitragen und für jeden Einzelnen eine Bereicherung darstellen. Ehrenamtliches Engagement bietet die Möglichkeit, neue Menschen kennen zu lernen, es bringt Erfolg und Anerkennung. 23 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich freiwillig und legen damit ein wichtiges Fundament für ein gutes Miteinander und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag, von dem alle, auch Staat und Wirtschaft profitieren.

Es ist jetzt 20 Jahre her, seit die Friedliche Revolution in der DDR die Diktatur beseitigt und den Weg zur Vereinigung Deutschlands geebnet hat. Es steht außer Frage, dass wir auch in Ostdeutschland eine starke und aktive Bürgergesellschaft brauchen. Die jetzt vorliegende gesonderte Auswertung des 2. Freiwilligen surveys zeigt, dass es zwischen 1999 und 2004 eine deutliche Steigerung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland gegeben hat. Es hat zwar noch nicht den gleichen Stand wie in den alten Ländern erreicht, gleichwohl scheinen die Voraussetzungen für eine weitere Ausweitung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements sehr gut zu sein.

Besonders erwähnenswert ist, dass bei den noch nicht beteiligten Bürgerinnen und Bürgern in Ostdeutschland eine hohe Bereitschaft besteht, sich für eine gute Sache zu engagieren. Dieses hohe Potenzial an Einsatzbereitschaft gilt es zu aktivieren und zu nutzen. Dafür brauchen wir jedoch auch neue Formen gesellschaftlicher Zusammenarbeit in den Kommunen. Alle Institutionen, Organisationen, Vereine, Wirtschaftsunternehmen und Behörden können und müssen ihren Beitrag dazu leisten.

Die Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern hat Besonderheiten, die sich aus der DDR-Gesellschaft und aus dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozess seit 1990 ergeben. Ohne den Mut und die Zivilcourage der Menschen in der DDR wäre die Friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht möglich gewesen. Damals haben die Menschen die Geschicke der Gesellschaft in die eigenen Hände genommen. Diese Erfahrung gibt bis heute wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft in Ostdeutschland.

Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Das wird besonders augenfällig im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Unsere Demokratie ist zudem auf die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit angewiesen. Diese und viele andere zentrale Anliegen unserer Gesellschaft werden durch das freiwillige Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger immer wieder voran gebracht.

Ich nehme diese Publikation gern zum Anlass, all denen meinen besonderen Dank und meine Anerkennung auszusprechen, die sich für und in unserer Gesellschaft engagieren. Die vorliegende Studie erläutert und untersucht die besonderen Bedingungen, Strukturen und Herausforderungen in Ostdeutschland und kann damit zu einer weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland beitragen. Darauf sind wir angewiesen und dazu wünsche ich uns gemeinsam viel Erfolg.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'W. Tiefensee', with a stylized flourish at the end.

Wolfgang Tiefensee
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	5
Einleitung: Inhalt und Anliegen der Studie	11
A Freiwilligensurvey: Erfolge der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland <i>(Thomas Gensicke)</i>	17
1. Der „Fall“ Ostdeutschland in Europa	17
2. Gestärkte Infrastruktur der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland	18
2.1 Gestiegene öffentliche Beteiligung der Bevölkerung	18
2.2 Gestiegene öffentliche Beteiligung in wichtigen Bevölkerungsgruppen	20
2.3 Gestiegene öffentliche Beteiligung in vielen Einzelbereichen	25
2.3.1 Vereins- und Gruppennetzwerk als „Rückgrat“ der Zivilgesellschaft	25
2.3.2 Ungleiche Dynamik der Bereiche	26
3. Gestärktes freiwilliges Engagement in der Zivilgesellschaft	29
3.1 Fortschritte auch im Kernbereich der Zivilgesellschaft	29
3.2 Ungleiche Bindungskraft der Bereiche für freiwilliges Engagement	34
3.3 Ungleiche Dynamik der Bereiche des freiwilligen Engagements	35
4. Meinungsklima für die Zivilgesellschaft deutlich verbessert	37
B Freiwilligensurvey: Herausforderungen der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland <i>(Thomas Gensicke)</i>	43
1. Besondere Umfeldbedingungen der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland	43
1.1 Wirtschaftliche Lage und Zivilgesellschaft	43
1.1.1 Wirtschaftliche Lage: Erfolge und Probleme	44
1.1.2 Kaum Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und freiwilligem Engagement	47
1.1.3 Entwicklungen zwischen 1999 und 2004	49
1.2 Wohn- und Lebensbedingungen und Zivilgesellschaft	50
1.2.1 Inzwischen vorwiegend gute Wohn- und Lebensbedingungen	50
1.2.2 Kaum Zusammenhang zwischen Wohn- und Lebensbedingungen und freiwilligem Engagement	51
1.3 Sozialer Zusammenhalt und Zivilgesellschaft	53
1.3.1 Sozialer Zusammenhalt: Bestandsaufnahme	53
1.3.2 Kaum Zusammenhang zwischen sozialem Zusammenhalt und freiwilligem Engagement	54
2. Soziokultur und Zivilgesellschaft in West- und Ostdeutschland	56
2.1 Ähnliche Bedeutung der Bildung in West- und Ostdeutschland	57
2.2 Schlüsselbedeutung der Soziokultur	59
2.2.1 Komplexe Erklärungsmodelle sind gefragt	59
2.2.2 Bessere Erklärung durch Korrelationsausschluss	60

2.3	Kernfaktoren der Zivilgesellschaft	61
2.3.1	Politisches Interesse und Zivilgesellschaft	61
2.3.2	Wertorientierungen und Zivilgesellschaft	63
2.3.3	Lokal-kulturelle Verwurzelung und Zivilgesellschaft	65
2.3.4	Demografie und Zivilgesellschaft	67
2.3.5	Ökonomie und Zivilgesellschaft	69
2.4	Fazit: Soziokulturelle Faktoren bestimmen die individuelle Neigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement, Politik und Ökonomie die Rahmenbedingungen	70
2.4.1	Politische und ökonomische Rahmenbedingungen	70
2.4.2	Besondere infrastrukturelle Probleme in Ostdeutschland	72
2.4.3	Idealtypen zivilgesellschaftlichen Engagements	73
3.	Regionale Strukturen und Zivilgesellschaft	74
3.1	Besonderheiten der Siedlungsstruktur in Ostdeutschland	75
3.1.1	Weniger Suburbanisation in Ostdeutschland	75
3.1.2	Stärker isolierte Siedlungsstruktur auf dem ostdeutschen Lande	77
3.2	Kaum Zusammenhang zwischen Siedlungsstruktur und Zivilgesellschaft	78
3.3	Regionale Besonderheiten ostdeutscher Bundesländer	80
3.3.1	Ländliches Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg	80
3.3.2	Klein- und mittelstädtisches Sachsen-Anhalt und Thüringen	82
3.3.3	Großstädtisches Sachsen	82
3.3.4	Sonderfall Berlin: Hauptstadtmetropole und Großraum	83
3.4	Ostdeutsche Länder: regionale Vielfalt mit ähnlichen Besonderheiten der Zivilgesellschaft	83
C	Qualitative Studie (<i>Thomas Olk, Daphne Reim, Jenny Schmithals</i>)	87
1.	Methodologische und methodische Vorbemerkungen	87
1.1	Freiwilliges bzw. bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland aus der Perspektive qualitativer Studien	87
1.2	Stand der Forschung	89
2.	Qualitative Forschung zu bürgerschaftlichem Engagement in Westdeutschland	90
2.1	Zum Motivwandel des bürgerschaftlichen Engagements	90
3.	Qualitative Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement in Ostdeutschland	96
3.1	Vorstellung der Studien	100
3.1.1	Ergebnisse	104
3.2	Bürgerschaftliches Engagement und Senioren	108
3.2.1	Vorstellung der Studien	108
3.2.2	Ergebnisse	110
3.2.3	Ost-West-Vergleich zum freiwilligen Engagement von Senioren	116
3.3	Bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	119
3.3.1	Vorstellung der Studien	119
3.3.2	Ergebnisse	121
3.4	Bürgerschaftliches Engagement, Arbeit und Kompetenzerwerb	123
3.4.1	Vorstellung der Studien	123
3.4.2	Ergebnisse	125

3.5	Bürgerschaftliches Engagement und kirchliche Akteure	126
3.5.1	Vorstellung der Studien	126
3.5.2	Ergebnisse	127
3.6	Bürgerschaftliches Engagement im Blick der Biografie	129
3.6.1	Vorstellung der Studien	129
3.6.2	Ergebnisse	131
3.7	Bürgerschaftliches Engagement und Zusammenarbeit von Bürgern, Verwaltung und Unternehmen	133
3.7.1	Vorstellung der Studien	133
3.7.2	Ergebnisse	136
3.8	Bürgerschaftliches Engagement im Ost-West-Vergleich	138
3.8.1	Vorstellung der Studien	138
3.8.2	Ergebnisse	139
4.	Offene Forschungsfragen	142
D	Handlungsempfehlungen für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland <i>(Thomas Olk, Daphne Reim, Jenny Schmithals, Thomas Gensicke)</i>	147
1.	Herausforderungen	147
2.	Handlungsansätze	148
2.1	Lokale Infrastruktur aufbauen und weiterentwickeln	148
2.2	Persönliche Formen der Aktivierung des Engagementpotenzials umsetzen – die Menschen direkt ansprechen	149
2.3	Unkosten des bürgerschaftlichen Engagement kompensieren – eine Monetarisierung des Engagements vermeiden	150
2.4	Die Bereitschaft zum Engagement frühzeitig wecken – bürgerschaftliches Engagement mit dem Bildungssystem verbinden	151
2.5	Das Leitbild der Bürgergesellschaft auf lokaler Ebene verankern	152
2.6	Eine Kultur der Anerkennung entwickeln	153
2.7	Eine Beteiligungskultur etablieren und Mitbestimmung von Engagierten stärken	154
2.8	Wirtschaftsförderung, Bildungs- und Sozialpolitik sowie Engagementpolitik in einer integrierten politischen Strategie auf lokaler Ebene bündeln	154
E	Fallstudien Entwicklung zivilgesellschaftlicher Infrastruktur am Beispiel von zwei ostdeutschen Modellkommunen <i>(Hans-Liudger Dienel, Daphne Reim, Jenny Schmithals, Thomas Olk)</i>	155
1.	Einleitung	155
2.	Zivilgesellschaftliche Infrastruktur in zwei ostdeutschen Kommunen	157
2.1	Strausberg – Die grüne Stadt am See	157
2.2	Sondershausen – Musik- und Bergstadt	162
3.	Fazit und Ausblick	167
	Literatur	169

Anhang

**Leitfaden „Zivilgesellschaftliche Infrastruktur in (Ost-) Deutschland.
Gestaltung von Kooperationsbeziehungen zwischen Verwaltung,
Unternehmen und Drittem Sektor – ein Leitfaden für kommunale Akteure“**
(Hans Luidger Dienel, Daphne Reim, Jenny Schmithals, Thomas Olk)

175

Einleitung: Inhalt und Anliegen der Studie

Bürgerinnen und Bürger haben heute viele Möglichkeiten, sich in die Zivilgesellschaft einzubringen und sich in Vereinen und Gruppen, Verbänden und Organisationen sowie Institutionen und Einrichtungen freiwillig zu engagieren. Die Zivilgesellschaft ist eine öffentliche Infrastruktur, die allen Interessierten, die guten Willens sind, offen steht. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen diese Möglichkeiten, einige erweitern die vorhandene Infrastruktur, indem sie selbst Vereine oder Gruppen gründen. Interesse am Mitmenschen und am Gemeinwohl gehen dabei oft Hand in Hand mit Bedürfnissen, die eigene Lebensqualität und die persönlichen Kompetenzen zu verbessern. In Ostdeutschland hat sich die Zivilgesellschaft nach der Wende kräftig und flächendeckend entwickelt. Trotz erhöhter wirtschaftlicher, sozialer und demografischer Probleme ist das *gesellschaftliche Klima* in Ostdeutschland gegenüber dem zivilgesellschaftlichen Engagement deutlich aufgeschlossener geworden. Es ist daher an der Zeit, eine übergreifende Bestandsaufnahme der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland vorzunehmen: Gibt es Besonderheiten im Vergleich zu Westdeutschland? Wo liegen die weiteren Perspektiven? Wie kann zivilgesellschaftliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern durch verbesserte Rahmenbedingungen unterstützt werden?

Die vorliegende Studie wurde im Auftrag des *Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)* durchgeführt, dessen Minister auch als Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer fungiert.¹ Das Projekt erfolgte in Abstimmung mit dem für die Zivilgesellschaft federführenden Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Ziel war es, systematische und vertiefende Informationen über die ostdeutsche Zivilgesellschaft zu gewinnen. Die Studie wurde in Kooperation von TNS Infratest Sozialforschung München (Dr. Thomas Gensicke), dem nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung Berlin (Dr. Liudger Dienel, Daphne Reim, Jenny Schmithals) sowie der Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. Halle (Saale) (Professor Dr. Thomas Olk) erstellt.

Die *Teile A und B* der Studie beschreiben und analysieren die ostdeutsche Zivilgesellschaft aufgrund der großen und repräsentativen Bevölkerungsbefragungen des *Freiwilligensurveys* (Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement). Der *Freiwilligensurvey* ist ein bundesweites, umfragegestütztes Informationssystem und untersucht die Zivilgesellschaft in Deutschland in ihren verschiedenen Formen, Bereichen und Hintergründen.² *Teil C* befasst sich detailliert mit *qualitativen Studien* zur Zivilgesellschaft Ost-

¹ Vgl. den aktuellen Jahresbericht des Ministeriums zur Deutschen Einheit 2008 (BMVBS 2008).

² Der *Freiwilligensurvey* wird alle 5 Jahre im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt. Die ersten zwei Wellen wurden bundesweit 1999 und 2004 durch TNS Infratest Sozialforschung bei jeweils ca. 15.000 repräsentativ ausgewählten Befragten telefonisch realisiert. Die nächste Welle ist für 2009 in Planung. Die Ergebnisse werden voraussichtlich 2010 vorliegen. Die umfangreiche Berichterstattung zum *Freiwilligensurvey* kann in Gensicke/Picot/Geiss 2006 nachgelesen werden. Die bundesweite Berichterstattung wird ergänzt durch eine umfangreiche Länderberichterstattung. In Ostdeutschland wurden für Berlin und Brandenburg umfangreiche Auswertungen durchgeführt sowie Überblicksauswertungen für Sachsen-Anhalt und Sachsen. Siehe die ostdeutschen Länderberichte im Literaturverzeichnis: Gensicke 2005a und 2005b, Gensicke/Lopez-Diaz 2005, Gensicke/Geiss 2006b).

deutschlands und erschließt deren Informationsgehalt. „Qualitativ“ soll heißen, dass dieser Forschungstyp mit Hilfe von vertiefenden Leitfadeninterviews Hintergründe der zivilgesellschaftlichen Beteiligung von Menschen aufdecken kann, die in so genannten „quantitativen“ Surveys nicht erfassbar sind.³ Während große Surveys in der Regel mit standardisierten Fragen repräsentative Verhaltensindikatoren und allgemeine Einstellungen der Bevölkerung erheben, nähern sich qualitative Tiefeninterviews stärker den individuellen und teils „verborgenen“ Hintergründen bestimmter Verhaltensweisen und Einstellungen. Ideal zur Erschließung eines Forschungsfeldes ist die wechselseitige Ergänzung quantitativer und qualitativer Methoden, insbesondere auch beim Thema zivilgesellschaftliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger. *Teil D* übersetzt die Erkenntnisse des Freiwilligensurveys und aus den qualitativen Studien in praktische Handlungsempfehlungen zur Förderung des freiwilligen Engagements in Ostdeutschland. Dieser Teil sollte für alle, die sich für die Belebung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland engagieren, besonders interessant und wichtig sein.

Die hier vorgelegte Studie ist prinzipiell und im Rahmen ihrer Möglichkeiten *zwischen Ost- und Westdeutschland vergleichend angelegt*. Der innerdeutsche Vergleich, der auch einen Vergleich bestimmter Referenzgruppen einschließt (z.B. ost- und westdeutsche Frauen und Männer, jüngere und ältere Menschen, ländliche und städtische Bevölkerung in Ost und West), ist aber in Teil A und B einfacher, weil die dort verwendete Quelle, der Freiwilligensurvey, von vornherein gesamtdeutsch angelegt ist. Da zu beiden Zeitpunkten jeweils ca. 5.000 Ostdeutsche befragt wurden sowie ca. 10.000 Westdeutsche⁴, außerdem durchgehend gleiche Fragen gestellt wurden und auch die Befragungszeitpunkte identisch waren, sind die Bedingungen der Vergleichbarkeit nahezu optimal. Im Bereich der qualitativen Forschung ist die Lage nicht so komfortabel, da die meisten Studien nicht vergleichend angelegt wurden. Insgesamt ist das Angebot an qualitativen Studien über die ostdeutschen Bundesländer überhaupt weniger umfangreich, während für Westdeutschland wesentlich mehr und aussagekräftigere Studien vorliegen. Der Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland muss also indirekter und hypothetischer erfolgen als mit Hilfe des Freiwilligensurveys. Somit zeigt dieser Studienteil häufig auch Forschungslücken und damit Forschungsbedarf auf.

Seit der zweiten Welle des Freiwilligensurveys 2004 sind bereits mehrere Jahre vergangen. Neue Trendergebnisse für Ostdeutschland werden erst wieder 2010 zur Verfügung stehen. Die vorliegende Studie hat allerdings auch nicht den hauptsächlichen Zweck, ak-

³ Wir setzen quantitativ in Anführungszeichen, weil es sich hier eher um einen technisch-klassifizierenden Begriff und weniger um eine inhaltliche Kennzeichnung handelt. Der Begriff wird vor allem deshalb verwendet, weil die Ergebnisdarstellung der Surveyforschung zumeist auf repräsentativen und damit für die Wohnbevölkerung in Deutschland verallgemeinerbaren Zählungen in Form von Prozentsätzen oder Mittelwerten beruht. Selbstverständlich enthüllt eine anspruchsvolle Tiefenanalyse repräsentativer Surveydaten (insbesondere mit Hilfe von Gruppen- und Zusammenhangsanalysen) auch vielfältige qualitative Informationen. Wir werden das insbesondere im 2. Kapitel des Teils B der „quantitativen“ Studie vorführen. Generell ist aber bereits eine Aussage, z.B. über jüngere und erwerbstätige Frauen wesentlich qualitativer als eine Aussage über die Durchschnittsbevölkerung im Allgemeinen.

⁴ Die ostdeutsche Stichprobe ist überproportional angelegt und gestattet daher detaillierte regionale Analysen und Gruppenauswertungen. Wo der Freiwilligensurvey repräsentative Gesamtaussagen über Deutschland insgesamt trifft, wird durch Gewichtung die richtige statistische Proportion wiederhergestellt. Jedes ostdeutsche Bundesland sowie Berlin hat eine eigene repräsentative Stichprobe (das gilt mit Ausnahme Bremens und des Saarlands auch für die westdeutschen Bundesländer). Berlin wird stets in die Durchschnittswerte der ostdeutschen Länder eingerechnet.

tuelle Trenddaten vorzulegen. Sie ist eine Vertiefungsstudie, die *übergreifende Entwicklungs- und Erklärungsmuster* herausarbeiten soll, die dauerhafter Natur sind, und die Besonderheiten der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland noch lange prägen werden. Der qualitative Teil hat selbstverständlich sämtliche Studien erfasst, die bis zum Abschluss der Studie vorlagen. Die Studie stellt somit ein umfassendes und vertiefendes Arbeitsbuch für alle bereit, die sich über die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland informieren wollen. Sie sollte jedoch immer auch durch die Lektüre des Berichtsbandes über den gesamten Freiwilligen-survey ergänzt werden (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006). In der Hauptberichterstattung des Freiwilligen-survey sind sämtliche zivilgesellschaftlich relevanten Daten für die west- und ostdeutschen Länder vergleichend ausgewiesen. Allerdings war dort nicht der Platz für einen vertiefenden Ost-West-Vergleich und die Herausarbeitung übergreifender Erklärungsmuster. Dafür gehen die dort enthaltenen, vielfältigen inhaltlichen Informationen über das zivilgesellschaftliche Engagement in Ost- und Westdeutschland weit über das Thema der hier vorgelegten Studie hinaus. Diese beschäftigt sich hauptsächlich mit dem *Verhältnis der ost- (und westdeutschen) Bevölkerung zur Zivilgesellschaft* und weniger mit der inhaltlichen Beschreibung von deren Arbeitsweise.

Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage, wer in Ostdeutschland wie Zugang zur Zivilgesellschaft hat, und wie sich diese Zugangswege typischerweise von Westdeutschland unterscheiden. Bereits die für Ost und West vergleichende Berichterstattung des ersten Freiwilligen-survey (vgl. Gensicke 2001a) hatte gezeigt, dass die *Funktions- und Arbeitsweise der Zivilgesellschaft* trotz einiger interessanter Unterschiede in Ost- und Westdeutschland dennoch weitgehend nach ähnlichen Mustern verläuft. Daran hatte sich auch 2004 nichts geändert. Eine Erklärung dafür ist der weitgehend einheitliche Institutionen- und Organisationsrahmen der gesamtdeutschen Zivilgesellschaft. Die größeren Unterschiede treten bei den Über- und Zugängen der jeweiligen Teilbevölkerungen in die Zivilgesellschaft zu Tage. Diese Unterschiede erzeugen auch den entscheidenden Erklärungsbedarf: Wie prägen weiterlebende Traditionen aus der DDR und die Besonderheiten des Transformationsgeschehens in Ostdeutschland besondere Umfeldbedingungen der ostdeutschen Zivilgesellschaft, und damit andere Zugänge bzw. auch andere Hemmnisse? Was ist eigentlich das Entscheidende, langlebige soziokulturelle Traditionen oder die aktuelle soziale Situation? Auf diese Fragen will die Studie Antworten geben und damit auch eine gewisse Prognose für die weitere Entwicklung der ostdeutschen Zivilgesellschaft wagen.

Voraussetzend kann festgehalten werden, dass diese Prognose für die ostdeutsche Zivilgesellschaft recht optimistisch ausfällt. Sie stützt sich z.B. darauf, dass die ostdeutsche Zivilgesellschaft recht *krisenfest* ist, da sie sich zwischen 1999 und 2004 trotz wirtschaftlicher Engpässe und verschärfter demografischer Probleme kräftig entwickelt hat. Ermutigend ist dabei, dass in Ostdeutschland gerade die bisher nur mäßig (oder auch weniger) von der gesellschaftlichen Transformation Profitierenden einen erheblichen zivilgesellschaftlichen Beitrag leisten. Es ist eher die (im weiteren Sinne) neue ökonomische Elite (aber nicht die Bildungselite), die sich gemessen an westdeutschen Verhältnissen noch stärker in zivilgesellschaftliches Engagement einbringen muss. Von der Herausbildung eines stärker der Öffentlichkeit zugewandten Lebensstils der ökonomisch führenden Milieus Ostdeutschlands wird auch die Zivilgesellschaft profitieren. Des Weiteren gibt es sowohl in den jüngeren, mittleren und älteren Jahrgängen Ostdeutschlands, insbesondere auch bei den Frauen, erhebliche Entwicklungspotenziale für die ostdeutsche Zivilgesellschaft.

Die Stärke einer positiven Entwicklung in Ostdeutschland hängt allerdings davon ab, in welchem Maße und vor allem *auf welche Weise* wichtige gesellschaftliche Akteure wie Organisationen und Institutionen, die freie Wirtschaft sowie Politik, Staat und Behörden die Zivilgesellschaft in Zukunft fördern werden. Deswegen beschränkt sich die Studie nicht auf die Analyse, sondern widmet im Abschlusskapitel dem Handlungsbedarf zur Unterstützung der Zivilgesellschaft eine hohe Aufmerksamkeit. Sicher sind die Möglichkeiten und die Verantwortlichkeiten dabei unterschiedlich auf die Akteure verteilt. Im politischen und staatlichen Bereich kommen für Kommunen, Länder und den Bund jeweils verschiedene Maßnahmenpakete in Frage. Diese Maßnahmen müssen sich jedoch daran messen lassen, ob sie den Zugang zur Zivilgesellschaft und deren Rahmenbedingungen *für alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen* erleichtern. Geld, und nicht wenig davon, muss so oder so in die Hand genommen werden bzw. es wird ohnehin schon ausgegeben, allerdings eher weniger als mehr transparent. Es fragt sich also vor allem, ob das Geld, das ohnehin in den Freiwilligensektor fließt und zusätzlich fließen wird, auch richtig ausgegeben wird.

Bei der Engagementförderung gilt wie in anderen öffentlichen Bereichen derselbe Grundsatz: Eine *öffentliche Infrastruktur*, z.B. von niederschweligen Informations- und Kontaktstellen für freiwilliges Engagement, steht prinzipiell allen offen und nützt den von der Lebenslage und der soziokulturellen Kompetenz weniger gut Gestellten mehr als individuelle Steuererleichterungen. Bei der Gewinnung einfacher Bevölkerungsschichten muss die Engagementförderung der verschiedenen Ebenen sogar über ihren Schatten springen, und darf über geringfügige Anerkennungszahlungen nicht die „ehrenamtliche Nase rümpfen“. Das gilt gerade für Ostdeutschland, aber zunehmend auch für Westdeutschland, wenn wir uns nur die große Gruppe der *Migranten* ansehen, besonders diejenigen in den großen Ballungsräumen, wo das zivilgesellschaftliche Engagement im Westen stagniert.

Das Stichwort „öffentliche Infrastruktur“ bekommt noch einen ganz anderen Klang, wenn wir uns dasjenige ostdeutsche Milieu ansehen, das „an und für sich“ das größte Potenzial, aber im Moment auch die größten Probleme hat, die Zivilgesellschaft zu mobilisieren – die *ländliche Fläche*. In den Kleinstädten, mehr noch in den Dörfern und kleinen Siedlungen bleibt die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland am weitesten zurück. Diese Diagnose gilt aber auch allgemein, gemessen an den sozialen Notwendigkeiten und sozialen Chancen dieses Siedlungsmilieus. Auch in Westdeutschland kommt der Zivilgesellschaft die Aufgabe zu, die auf dem Lande weniger ausgebaute öffentliche und kommerzielle Infrastruktur auszugleichen und dabei eine soziale Lebensqualität zu schaffen, die gegenüber dem städtischen Leben ganz eigene Vorzüge hat.

Auf dem ostdeutschen Lande wird die Zivilgesellschaft im Moment allerdings bei der Herstellung sozialer Lebensqualität oft überfordert, z.B. durch Ausdünnung der Verkehrsinfrastruktur, durch Schließung von Einrichtungen, ganz allgemein durch den schleichenden Verlust öffentlicher Orte (Claudia Neu). Schreitet dieser Prozess voran, dann wandern immer mehr aktive Menschen ab, und es besteht die Gefahr einer allgemeinen Privatisierung, Ratlosigkeit und Resignation. Ein besonderes Problem Ostdeutschlands ist, dass wirtschaftliche Entwicklung, Tourismus und Kindersegen oft einen Bogen um ländliche Gebiete machen, insbesondere um entlegene Regionen. Hier nur auf die Zivilgesellschaft zu setzen, ohne ein *Minimum an öffentlicher Infrastruktur* erhalten und unterstützen zu wollen, wäre naiv. Wenn die Resignation einmal fortgeschritten ist, ist die Bürgerinitiative nicht so leicht wieder anzukurbeln. Politik und Staat stehen also in der Verantwortung in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft ein Minimum an öffentli-

cher Infrastruktur zu sichern. Und bürokratische Hürden sind das Allerletzte, was eine ohnehin angespannte Zivilgesellschaft brauchen kann. Menschen, die sich öffentlich gestützt und ermuntert fühlen, werden auch im öffentlichen und eigenen Interesse aktiv werden.

Die in den Teilen A bis D für das BMVBS durchgeführte Studie wurde für die Publikation durch den Teil E und einen längeren Anhang ergänzt, die durch das nexus Institut in Kooperation mit Thomas Olk im Jahr 2007 im Rahmen des Projekts „Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“ (kurz: „Partizipative Kommune“) für das Ministerium erstellt wurden. In *Teil E* wird die ostdeutsche Zivilgesellschaft auf der konkreten Ebene vor Ort erschlossen. Es werden zwei *Fallstudien* präsentiert und anhand der Kommunen Strausberg und Sondershausen exemplarisch das bürgerschaftliche Engagement in Ostdeutschland untersucht. Im Blickpunkt stehen die Veränderungen des Engagements und der Engagementstrukturen im Zuge der Wende im Jahr 1989. Zweck der Fallstudien war es, anhand der ausgewählten ostdeutschen Kommunen *beispielhafte Entwicklungen* zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen anschaulich darzustellen. Im *Anhang* ist ein umfangreicher Leitfaden „Zivilgesellschaftliche Infrastruktur in (Ost-)Deutschland“ abgedruckt. Dieser soll kommunalen Akteuren Anregungen zur Gestaltung von Kooperationsbeziehungen zwischen Verwaltung, Unternehmen und Drittem Sektor geben.

Ein Letztes wollen wir noch betonen: Obwohl diese Studie sich schwerpunktmäßig mit Ostdeutschland befasst, enthält sie eine Menge Informationen über die *westdeutsche zivilgesellschaftliche Kultur*. Gerade die vergleichende Perspektive beider Landesteile führt dazu, dass man aus den Ähnlichkeiten und Unterschieden über beide Gesellschafts- und Engagementkulturen viel lernen kann. Auch für die Autoren war die Arbeit an der Studie ein intensiver Lernprozess. Thomas Gensicke wurde in der DDR geboren, und lebt seit 1991 in Westdeutschland, Thomas Olk, wurde in der Bundesrepublik geboren und lebt seit 1991 in Ostdeutschland. Liudger Dienel, Jenny Schmithals und Daphne Reim leben in Berlin, einer Stadt, in der Ost- und Westdeutschland in ganz spezifischer Weise miteinander verwoben sind.

A Freiwilligensurvey: Erfolge der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland

Autor: Thomas Gensicke

1. Der „Fall“ Ostdeutschland in Europa

Die ostdeutsche Zivilgesellschaft hat sich zwischen 1999 und 2004 dynamisch entwickelt und diese Dynamik war höher als in Westdeutschland. Zwar ist in Ostdeutschland das Netz der Zivilgesellschaft noch nicht so eng geknüpft wie in Westdeutschland, aber das erhöhte Entwicklungstempo ist erfreulich. Dabei war die Entwicklung besonders davon gekennzeichnet, dass sich in Ostdeutschland unabdingbare Voraussetzungen einer funktionierenden Zivilgesellschaft deutlich verbessert haben, zum einen das Netzwerk der öffentlichen Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger und zum anderen eine *engagementfreundliche Grundhaltung* der Bevölkerung. Die Umsetzung solcher günstiger Voraussetzungen in eine längerfristig tragende Infrastruktur der Zivilgesellschaft, vor allem in regelmäßiges und belastbares freiwilliges Engagement, setzte ebenfalls einen klaren positiven Trend.

Das bereits gute Entwicklungsniveau der Zivilgesellschaft fällt besonders ins Auge, wenn man Ostdeutschland mit seinen ehemaligen „sozialistischen Bruderstaaten“ in Zentral-, Ost und Südeuropa vergleicht. Obwohl der Begriff der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit dem mittelosteuropäischen Widerstand gegen das alte Regime prominent geworden ist, verfügen diese Länder heute weniger als Ostdeutschland über ein flächendeckendes Niveau des Bürgerengagements. Am ehesten vergleichbar ist die Situation in Tschechien, der Slowakei und Slowenien. Dort hat die Zivilgesellschaft etwa ein Entwicklungsniveau von 75% des Standes in Ostdeutschland. Es folgen das Baltikum (ohne Litauen) mit etwa 50% und weit abgeschlagen Polen, Ungarn, Rumänien, Litauen und Bulgarien mit weniger als einem Drittel. Zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und des ehemaligen Jugoslawien hat das Eurobarometer keine Angaben, man kann aber (vielleicht mit Ausnahme Kroatiens) davon ausgehen, dass die Situation mit der letztgenannten Ländergruppe vergleichbar ist.⁵

Neben der Frage, warum es in Ostdeutschland heute noch weniger zivilgesellschaftliches Engagement gibt als in Westdeutschland, die im Teil B in drei Kapiteln beantwortet wird, stellt sich die ebenso berechtigte Frage, warum es in Ostdeutschland *mehr Engagement* gibt als bei seinen östlichen und südlichen Nachbarn.⁶ Wir wollen diese Frage nur kurz abhandeln. Dabei sind die angesprochenen relativen Unterschiede zwischen einigen Ländergruppen in Zentral-, Ost- und Südeuropa wichtige Wegweiser. Slowenien, Tschechien und die Slowakei sind wirtschaftlich erfolgreiche Reformländer, die ihrer Bevölkerung gleichzeitig ein für Osteuropa erhöhtes Niveau an sozialer Lebensqualität bieten. Als Randstaaten des früheren deutsch-österreichischen Kulturmodells mit langen und intensiven Beziehungen zu diesem Kulturraum, lehnen sie sich auch nach der Wende wirtschaft-

⁵ Vgl. European Commission 2007. Wir weisen keine absoluten Werte aus, weil das Erhebungskonzept des Eurobarometers nur bedingt mit dem des Freiwilligensurveys vergleichbar, für Ländervergleiche jedoch geeignet ist.

⁶ Nicht Thema unseres Berichtes, aber dennoch ein weitere interessante Frage ist: Warum ist das Niveau des zivilgesellschaftlichen Engagements in Osteuropa wiederum vergleichbar mit Südeuropa, teilweise sogar höher?

lich und soziokulturell an diesen Raum an. Weniger betrifft dieses kulturelle Szenario Länder wie Polen, Ungarn und solche Südosteuropas.

Oft wird der Kern der Zivilgesellschaft einseitig am politischen und sozialen Engagement festgemacht. Das mag bezüglich der Sichtbarkeit in der veröffentlichten Meinung der Medien stimmen, hat aber mit einem Typ von Zivilgesellschaft wenig zu tun, der *alle Schichten* der Gesellschaft ergreift und *flächendeckend* in Stadt und Land präsent ist. Das „Rückgrat“ dieses Typs von Zivilgesellschaft ist das fast unüberschaubare Netz der Vereine und Gruppen mit sportlicher, geselliger und kultureller Ausrichtung, in dem Menschen verschiedenster Herkunft und verschiedenster Interessenlage zusammenkommen und öffentlich aktiv werden. Dieses flächendeckende Netz der Zivilgesellschaft, das sich in die öffentlichen Einrichtungen und Institutionen hinein erstreckt, stellt nicht nur eine umfassende sozialintegrative Struktur dar, sondern ist auch eine Plattform, die engagierten Menschen die Möglichkeit gibt, das soziale Leben ihres Ortes oder Ortsteils mit zu gestalten. Oft entwickeln sich daraus überregionale oder internationale Aktivitäten.

Ostdeutschland verfügt mehr als seine früheren „Bruderstaaten“ über ein solches flächendeckendes Netz der Zivilgesellschaft. Und auch in denjenigen Staaten, die bereits eine entwickeltere Zivilgesellschaft haben, wie Tschechien, die Slowakei und Slowenien ruht die Zivilgesellschaft mehr als in den anderen Ländern auf einem solchen Netz, das viel weitere Teile der Bevölkerung erfasst als nur die gesellschaftlichen Eliten in den Metropolen. In Ostdeutschland ist die Einbindung in das zentraleuropäische Wirtschafts- und Kulturmodell durch die weiterlebende innerdeutsche Tradition und die Eigenart der nationalstaatlichen Wiedervereinigung gegeben. Der (oft kritisch beurteilte) Institutionentransfer unterstützt eine innerdeutsche kulturelle und zivilgesellschaftliche Homogenität, die aus der Trennung resultierende Unterschiede überlagert und abschwächt. Das seit dem Zweiten Weltkrieg gewachsene westdeutsche Gesellschafts- und Kulturmodell wurde auf Ostdeutschland übertragen, und setzt mit seinen überlieferten Traditionen wie seinen modernisierten Formen der Situation Ostdeutschland seinen Stempel auf. Wir werden zwar sehen, dass diese Deutung nicht überstrapaziert werden darf, dennoch sind diese Überlegungen zur Abgrenzung des Transformationsfalls Ostdeutschlands von Zentral-, Ost- und Südeuropa wichtig.⁷

2. Gestärkte Infrastruktur der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland

2.1 Gestiegene öffentliche Beteiligung der Bevölkerung

Unabdingbare Basis einer funktionierenden Zivilgesellschaft ist ein Interesse der Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Angelegenheiten und ihre Bereitschaft, über ihre privaten Zwecke und ihre private Vergesellschaftung hinaus, den Schritt in den *öffentlichen Raum* zu vollziehen. Die Zivilgesellschaft braucht den „Citoyen“, der über seine Rolle als „Bourgeois“ hinauswächst, und sich für das gemeine Wohl engagiert. Das Bürgerliche wird damit zum Bürgerschaftlichen, gewiss ein etwas mangelhafter Versuch, die französischen Begriffe

⁷ Wolfgang Merkel hat in einem interessanten Artikel (vgl. Merkel 2007) die bereits erheblich fortgeschrittene „Konsolidierung der Demokratie“ in Ostmitteleuropa untersucht. In gewisser Hinsicht hatte die oft enge Anlehnung an die EU auch eine Art „Transfer“ zu Folge, im Sinne der Übernahme von Elementen der politischen Kultur der EU.

fe ins Deutsche zu übertragen. Das „Bürgerschaftliche“ erscheint als der bessere Begriff als der Begriff „Soziales Kapital“, der mit einer an die Ökonomie angelehnten Terminologie ähnliche Phänomene zu erfassen sucht. Die Verwendung des Kapitalbegriffes suggeriert eine Anhäufung von Werten durch bestimmte soziale Aktivitäten oder eine Art von sozialer „Verzinsung“, während das Bürgerschaftliche auf eine bestimmte *gesellschaftliche Rollenwahrnehmung* von Bürgerinnen und Bürgern hinaus will. Bürgerschaftliches Engagement verwirklicht vor allem einen Wert „an sich“, die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch möglichst viele Menschen. Kriterium ist eher die bürgerschaftliche Gesinnung als die tatsächliche Schaffung sozialer oder ökonomischer Werte. „Wertschöpfung“ findet zwar dennoch statt, aber nicht immer und vor allem nicht unmittelbar.⁸

Der *Freiwilligensurvey* (Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement), ein bundesweites Informationssystem, das die Zivilgesellschaft in ihren vielfältigen Facetten sichtbar macht (vgl. die Erläuterungen in der Einleitung), hatte in der ersten Befragungswelle von 1999 eine bestimmte Schwelle definiert, an der das bürgerliche Leben zur bürgerschaftlichen Aktivität wird.⁹ Bürgerinnen und Bürger finden sich in einer Gruppe, einem Verband, meistens in einem Verein zusammen und organisieren gemeinschaftliche Aktivitäten. Solche Aktivitäten, die über private Geselligkeit oder Erholung hinausgehen, können auch in einer öffentlichen Einrichtung angesiedelt sein, z.B. in einem Kindergarten oder einer Schule, in einem Alten- oder Behindertenheim oder anderen sozialen Einrichtungen. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften bieten eine flächendeckende Infrastruktur für vielfältige öffentliche Aktivitäten, nicht nur religiöser Natur.

An der Schwelle, wo der Privatmensch zum öffentlichen Menschen wird, beginnt die Zivilgesellschaft. Da familiäre und kommerzielle Netzwerke und Strukturen hier nicht die Grundlage sind, konstituiert sich eine eigene Struktur: Die Infrastruktur der Zivilgesellschaft ist der Ort bzw. das Netz, wo die Erweiterung des Bürgerlichen ins Bürgerschaftliche erfolgt. Diese Struktur, die sich erst mit den *organisierten Aktivitäten* der Bürgerinnen und Bürger mit Leben erfüllt und festigt, hat sich in Ostdeutschland zwischen 1999 und 2004 deutlich stabilisiert und erweitert. Wie bereits gezeigt, sehen wir das „Rückgrat“ dieser Struktur in der fast unüberschaubaren Vielfalt der Vereine, ganz besonders der Sportvereine, aber auch der Freizeit- und Geselligkeitsvereine sowie der Kultur-, Kunst- und Musikvereine. Ergänzt wird diese Vereinsstruktur durch eine Vielfalt an Gruppen, besonders im Kultur- und Freizeitbereich. Grafik 1 weist die deutliche Zunahme der öffentlichen Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern in Ostdeutschland aus. Immer mehr Menschen erweitern ihren Lebenshorizont vom Privatmenschen zum öffentlichen Menschen, zum Citoyen. Waren es 1999 erst 56% der Ostdeutschen, die Zugang zur Infrastruktur der Zivilgesellschaft hatten, stieg diese öffentliche Beteiligung in den folgenden 5 Jahren auf 62%.

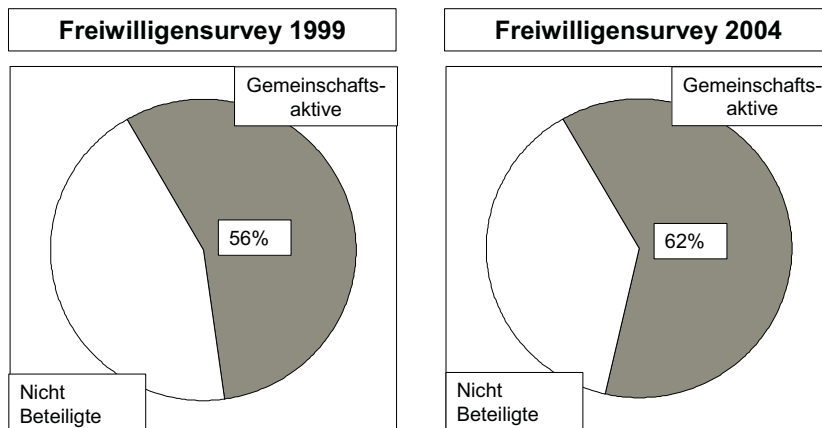
⁸ Staat, Politik und Großorganisationen sind verständlicherweise vor allem an der sozialen und ökonomischen Wertschöpfung interessiert. Die Sozial- und Politikwissenschaft betont dennoch die gesellschaftskulturelle Bedeutung der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements, welches für Politik und Organisationen durchaus auch un bequem sein kann, ja sogar gelegentlich kontraproduktive soziale Wirkungen entfalten kann.

⁹ Das anspruchsvolle Verfahren, mit dem der *Freiwilligensurvey* zunächst die öffentliche Gemeinschaftsaktivität und dann das freiwillige Engagement als Herzstück der Zivilgesellschaft erfasst, ist in Gensicke/Picot/Geiss 2006 auf den Seiten 42-46 dargestellt. Vgl. Gensicke/Geiss 2006a.

Grafik 1

Öffentliche Gemeinschaftsaktivitäten in der Infrastruktur der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Quelle: Freiwilligensurveys 1999 und 2004

Sozialforschung

2.2 Gestiegene öffentliche Beteiligung in wichtigen Bevölkerungsgruppen

Die Engagementforschung betont, wie wichtig es ist, dass möglichst alle Gruppen der Bevölkerung einen guten Zugang zur Zivilgesellschaft haben, z.B. Männer und Frauen oder Menschen der verschiedenen Altersgruppen und damit in bestimmten Lebensphasen mit deren spezifischen Chancen und Problemen. Auch wenn das oft nicht gelingt, sollten gerade Benachteiligte und weniger gut in soziale Netzwerke eingebundene Menschen durch die Zivilgesellschaft besser in die Gesellschaft integriert werden. Die Zivilgesellschaft bietet auch die Möglichkeit, eigene Interessen zu artikulieren und zu vertreten sowie soziale Kontakte, die besonders bei Benachteiligten zur Verbesserung der eigenen Situation beitragen können, sowohl im psychischen als auch im ganz praktischen Sinne. Wie verteilt sich in Ostdeutschland die öffentliche Gemeinschaftsaktivität über wichtige Bevölkerungsgruppen hinweg, und wie hat sich diese Verteilung entwickelt? (Grafiken 2 und 3)

Der Vergleich der *Geschlechter* zeigte bereits für 1999 eine Ungleichverteilung an: Männer hatten im Vergleich zu Frauen vermehrt Zugang zur Zivilgesellschaft. Daran hat sich auch 2004 kaum etwas geändert, da in beiden Geschlechtern die Beteiligung an öffentlichen Aktivitäten gleichermaßen deutlich zugenommen hatte. Solche Unterschiede der Geschlechter werden zumeist weniger auf ein unterschiedliches Interesse an öffentlichen Aktivitäten zurückgeführt als auf eine Ungleichverteilung im Zeitbudget von Männern und

Frauen.¹⁰ Nach allem, was wir wissen, sollte diese Ungleichverteilung in Ostdeutschland noch deutlicher ausgeprägt sein als in Westdeutschland. In Ostdeutschland ist das Familienmodell mit dem Mann als Allein- bzw. Hauptverdiener deutlich weniger verbreitet als in Westdeutschland. Da viele ostdeutsche Frauen auch bei Vorhandensein von kleinen Kindern in Vollzeit berufstätig sind, sollte jene Doppelbelastung aus Familien- und Berufsarbeit, die auch in Westdeutschland ein Problem ist, in Ostdeutschland noch ausgeprägter sein.¹¹

Darauf, dass die erhöhte Doppelbelastung durch Familien- und Berufsarbeit das Zeitbudget oder das Aktivitätspotenzial ostdeutscher Frauen für die Zivilgesellschaft schmälern, scheint zunächst das Faktum hinzudeuten, dass in Westdeutschland die Frauen 2004 mit 70% öffentlicher Gemeinschaftsaktivität weniger hinter den Männern (74%) zurückblieben als in Ostdeutschland. Allerdings erscheint die öffentliche Beteiligungsquote der ostdeutschen Frauen insgesamt beachtlich, was auch mit ihrer teilweisen Entlastung durch das *ausgebaute Kinderbetreuungsnetz* zu tun haben kann. Daraus würde folgen, dass ein ausgebautes Netz an Betreuungseinrichtungen, möglichst mit Ganztagsbetreuung (auch in den Schulen), es den Frauen erleichtert, sich in der Zivilgesellschaft zu beteiligen. Der Engagementforschung ist bekannt, dass Berufstätigkeit (egal ob in Voll- oder Teilzeit) kein Handicap für zivilgesellschaftliche Beteiligung ist, ja oft sogar eher ein „Sprungbrett“ dahin ist. Der (relativ gesehen) bessere Zugang von Frauen zum Erwerbssystem kann in Ostdeutschland also durchaus auch von Vorteil für die zivilgesellschaftliche Beteiligung sein.

Um die Hintergründe der unterschiedlichen Beteiligung von Männern und Frauen an der Zivilgesellschaft besser zu verstehen, ist es sinnvoll, etwas voraus zu greifen, und die Daten für Geschlechter mit denen für die Erwerbstätigkeit zu kreuzen. Diese Daten zeigen Folgendes: Wenn die Hypothese der Doppelbelastung ostdeutscher Frauen als Hemmnis für zivilgesellschaftliche Aktivität gelten sollte, dann nur für 1999. Nur zu diesem Zeitpunkt lag die zivilgesellschaftliche Beteiligung erwerbstätiger Frauen in Ostdeutschland deutlich hinter der der erwerbstätigen Männern zurück (57% zu 63%). 2004 hatten die erwerbstätigen Frauen Ostdeutschlands dagegen mit den Männern gleichgezogen (67% zu 68%).

Es zeigt sich somit, dass Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland beiden Geschlechtern den Zugang zur Zivilgesellschaft nicht erschwert, ja wie wir noch sehen werden, dieser Status sogar generell mit deutlich erhöhter öffentlicher Aktivität einhergeht. Partizipation am Erwerbsleben bedeutet also für beide Geschlechter auch eine erhöhte öffentliche Partizipation. Es sind gerade die nicht erwerbstätigen Frauen (außer der Gruppe der Schüler, Auszubildenden und Studenten), die weniger Zugang zur Zivilgesellschaft haben. Dabei liegt der größte Unterschied zwischen Männern und Frauen im unterschiedlichen Zugang von *Rentnerinnen und Rentnern* zur Zivilgesellschaft, zum einen deswegen, weil Rentnerinnen trotz gesteigerter Beteiligung weiterhin deutlich hinter den Rentnern zurückblieben. Zum anderen hat, vor allem wegen des höheren Durchschnittsalters der Frauen und der früheren Verrentung, die Gruppe der Rentnerinnen einen erhöhten Anteil an der Gruppe der Frauen, so dass sie die Beteiligungswerte der Frauen deutlich ungünstiger beeinflusst, als die Beteiligungswerte der Männer durch die Rentner beeinflusst werden.

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt 2004.

¹¹ Vgl. zu dieser Thematik Gensicke/Geiss 2005.